

Bayerische Rundschau

KOMMENTAR Die Demonstranten im Iran lassen sich nicht einschüchtern. Aber die Gefahr einer „chinesischen Lösung“ wächst.

Bürger statt Untertan

Nun zeigt das Mullah-Regime in Teheran sein wahres Gesicht: Es ist, wie kaum anders zu befürchten war, die Fratze der Gewalt. Die Konfrontation mit den Demonstranten erreichte am Wochenende die nächste Stufe der Eskalation. Es gab Tote, Verletzte und

ausweist, mag auf den ersten Blick befremdlich sein. Aber die Protestbewegung gegen die gefälschte Präsidentenwahl hat eine ganz eigene Dynamik entfaltet. Mussawi ist plötzlich (und möglicherweise eher unfreiwillig) zur Symbolfigur geworden, mit der die Verlogenheit des Mullah-Regimes vor den Augen der ganzen Welt entlarvt wird.

Dabei geht es nun gar nicht mehr allein darum, wer unter dem Großajatollah Chamenei Präsident der Iraner sein darf. Es geht um die Legitimation des „Gottesstaates“: Jene, die da unter Lebensgefahr auf Teherans Straßen ihr Gesicht zeigen, wollen Bürger sein und nicht länger Untertanen. Die Provokation für die Mullahs liegt genau darin, dass da ihre „Unfehlbarkeit“ in Zweifel gezogen wird. Und zwar nicht von einem großen Satan in Übersee, den man als Feindbild ohnehin unbedingt braucht. Sondern von den eigenen Landsleuten, und zwar massenhaft. Und obendrein angeführt von einem Mann, der bislang Teil des alten Systems war. Das ist durchaus eine Chance. Aber die Gefahr eines blutigen Scheiterns wächst mit jedem Protesttag.



Christian Reinisch

zahlreiche Festnahmen. Angesichts der bekannten Brutalität gerade paramilitärischer Schlägertrupps vom Schlage der „Revolutionswächter“ ist für die Verhafteten mit dem Schlimmsten zu rechnen.

Dennoch: Die oppositionellen Demonstranten scheinen sich weder von Beschwörungen noch von den unverhohlenen Drohungen der Machthaber im islamischen „Gottesstaat“ einschüchtern zu lassen. Dass sie sich dabei um einen Mann wie Mir Hussein Mussawi scharen, dessen Biografie ihn als treuen Diener der Khomeini-Revolution

Gebt die Elgin Marbles zurück

Beutekunst, man hat es fast vergessen, ist nicht nur ein deutsches Problem. Im Dritten Reich raubten die Nazi-Machthaber unschätzbare Kulturgüter aus halb Europa, meist aus jüdischem Besitz, nach dem Krieg bedienten sich die Alliierten an deutschem Eigentum. Der juristische Stoff rund um Wiedergutmachung und Rückgabe ist gewaltig.

durch die Wittelsbacher passt ebenfalls ins Bild.

Die Liste unrechtmäßig erworbener Kulturgüter ist so lang wie die Menschheitsgeschichte. Die Elgin Marbles aber, um deren Rückgabe es Athen geht, sind ein wenig mehr als „nur“ Kunst. Sie spiegeln die nationale Identität der alten und der neuen Griechen. Frühere Argumentationen – etwa: die Griechen sollten doch froh sein, dass ihre Kulturgüter von den Engländern gerettet worden sind – entbehren heute jeder Grundlage: Dazu braucht es nicht nur das neue Akropolismuseum, das ein spektakulärer und würdiger Ort für die Zusammenführung des seit zwei Jahrhunderten zerrissenen Panathenäenfrieses ist.

So sind zwei Forderungen zu stellen: Gebt den Griechen die Elgin Marbles zurück. Und: Sagt den Griechen, dass sie die Leistungen jener, die in ihrer dunklen Zeit türkischer Besetzung Kulturgüter gerettet oder entdeckt haben, ruhig würdigen dürfen – in Sachen Schliemann-Funde im Nationalmuseum eben auch in deutscher Sprache.



Wolfgang Kreiner

Schon die alten Römer klauten Obelisk aus Ägypten, ein Pirat entführte das Memling-Gemälde „Das jüngste Gericht“ nach Danzig, die Schweden nahmen 1648 beim Prager Kunstraub Hunderte Gemälde mit, Konquistadoren plünderten die indischen Kulturen fast vollständig aus, Napoleons Feldzüge waren auch Beutezüge. Die Ausplünderung fränkischer Schatzkammern



Zeichnung: Martin Erl

Wie im Fall Lewinsky

ITALIEN Premier Berlusconi ergeht es wie einst US-Präsident Clinton: Er muss sich aus dem Ausland zu den neuen Entwicklungen der Affäre äußern.

VON HANNS-JOCHEN KAFFSACK, DPA

Rom – Kann er sich halten, und wenn ja, wie lange noch? Wird er auch das alles aussitzen? Seit Wochen schon vergeht kaum ein Tag, an dem der Druck auf Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi nicht noch zunimmt. Mal sind es freizügige Fotos vom Pool seiner Luxusvilla Certosa auf Sardinien, dann wieder Aussagen von Showgirls, die angeblich dafür bezahlt wurden, bei den Partys des 72-Jährigen hübsch mitzumachen und dann auch die Nacht in Berlusconi römischer Villa Grazioli zu verbringen.

Südtalitanische Staatsanwälte ermitteln wegen „Begünstigung der Prostitution“ gegen einen Unternehmer, der die Mädchen auf den Weg gen Rom oder Sardinien gebracht haben soll. Es nutzt nichts, wenn der „Cavaliere“ hinter all dem ein Komplott der linken Opposition sieht, die ihm sonst politisch so wenig anhaben kann. Sein internationales Image und damit auch das Bild von „Bella Italia“ in der Welt driftet auf einen neuen Tiefpunkt zu. Und im Land selbst befürchten viele, allen voran Gianfranco Fini, Präsident des Abgeordnetenhauses, einen weiteren schweren Vertrauensverlust für „La Casta“, wie die Politiker-Klasse abwertend genannt wird. Berlusconi jedoch denkt nicht an Rücktritt oder an vorgezogene Neuwahlen, das meint zumindest Verteidigungsminister Ignazio La Russa. Nicht ohne dann noch



Silvio Berlusconi



Monica Lewinsky

rasch anzufügen, Neuwahlen jagen ihm auch keine Angst ein.

Kein Tag ohne Enthüllungen, das gilt auch an diesem Wochenende. Längst geht es nicht mehr um Noemi, die gerade volljährige Schülerin aus Neapel, deren Nähe zu Berlusconi wochenlang Schlagzeilen machte. Die Damen heißen jetzt Patrizia D'Addario und Barbara Montereale, und sie stammen nicht aus Neapel, sondern aus der Adria-Stadt Bari.

10 000 Euro von Berlusconi?

Die hübsche Barbara will von Berlusconi einen Umschlag mit 10 000 Euro geschenkt bekommen haben, ohne dass von Sex die Rede gewesen sei. Die linksliberale Zeitung „La Repubblica“, Speerspitze beim Aufdecken aller Schwächen des Milliardärs und Medienmoguls, schreibt über versteckt gemachte Tonbandaufzeichnungen: Darin soll der Premier eine Dame, angeblich die 42-jährige Patrizia, einladen, „im großen Bett“ auf ihn zu warten. Er werde jetzt duschen gehen und ei-

nen Bademantel anziehen. Es ist die Nacht der US-Präsidentenwahl. Offenherzig hatte Patrizia D'Addario zuvor erzählt, der mit dem Regierungschef befreundete Unternehmer aus Bari habe ihr 2000 Euro versprochen, wenn sie an einer Party in Berlusconis Residenz in Rom teilnehme. Und da sie beim ersten Mal nicht dort genächtigt habe, sei ihr nur die Hälfte ausgezahlt worden. Was davon wirklich stimmt, ist schwer zu sagen, da nichts offiziell bekannt wird.

Aus der Opposition tönt indes der Ruf nach Berlusconi Rücktritt, denn er sei „erpressbar“ und schade dem Land. Auch Kirchenmänner in Italien äußern sich kritisch. Berlusconi geht es inzwischen so wie Bill Clinton inmitten der Affäre um die im Oval Office des Weißen Hauses aktive Monica Lewinsky – auch wenn er im Ausland weilt, ist er gezwungen, sich zu den neuen Entwicklungen zu äußern. Vom EU-Gipfel in Brüssel aus schimpfte er am Freitag wütend über die konzentrierte Aktion gegen ihn und protzte: „Wir haben den Müll in Neapel beseitigt, wir werden auch diesen Müll entsorgen.“

Derweil vergleichen ihn Kritiker mit dem römischen Kaiser Nero, der ausschweifende Feste feierte, während Rom brannte. Und all das spitzt sich zu, während der G8-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in der Abruzzehauptstadt L'Aquila immer näher rückt.

Stichwort

Piratenpartei

Die Piratenpartei Deutschland wurde im September 2006 in Berlin gegründet. Vorbild war die schwedische Piratpartiet, nach der in verschiedenen europäischen Ländern solche Gruppierungen entstanden. Ihr Hauptanliegen ist die informationelle Selbstbestimmung und der freie Zugang zu Wissen und Kultur im Internet – auch das illegale Kopieren von Netzinhalten. Der Name spielt auf den Vorwurf der Musik- und Filmindustrie an, Nutzer von Internet-Tauschbörsen seien „Piraten“. Vorsitzender der Piratenpartei Deutschland ist der Softwareentwickler Dirk Hillbrecht. Bei der Europawahl bekam sie bundesweit 0,9 Prozent der Stimmen. Die Zahl der Mitglieder liegt bei knapp 2000. Seite 5 dpa

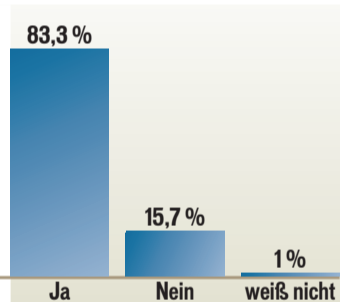
inFranken.de

Stimmen Sie ab!

Mit ihrer neuen Partei will die ehemalige Fürther Landrätin Gabriele Pauli im September bei der Bundestagswahl antreten. Würden Sie der Freien Union Ihre Stimme geben?



Das Ergebnis der letzten Umfrage: Tausende Schüler und Studenten haben sich am Bildungsstreik beteiligt und sind für bessere Lernbedingungen auf die Straße gegangen. Finden Sie es richtig, dass die Schüler und Studenten demonstrieren?(743 Stimmen)



Zitat des Tages

Der Katalog ist zwar nicht alles, aber ohne den Katalog ist alles nichts.

Ernst Sindel, Quelle-Gesamtbetriebsrat, zum ersehnten Anlaufen der Druckmaschinen für den Katalog

Angela Merkel zieht die Union zur Mitte

WAHLPROGRAMM Die Bundeskanzlerin versucht, möglichst viele Menschen ansprechen.

VON MARC-OLIVER VON RIEGEN, DPA

Berlin – Es war einmal eine CDU-Chefin, die kündigte im Wahlkampf drastische Reformen für das Land an. Das war 2005. Vier Jahre später scheint es, als wolle Angela Merkel – inzwischen längst Kanzlerin einer großen Koalition – der Union im Wahlkampf einen anderen Anstrich geben.

Im Wahlprogramm von CDU und CSU, das am Wochenende druckfrisch an die Parteispitzen verschickt wurde, setzt sie auf die Entlastung von Arbeitnehmern und Familien, aber auch von Hartz-IV-Empfängern. Ein

Vierteljahr vor der Wahl wendet sich Merkel damit an die „Mitte“ der Gesellschaft, um möglichst viele Menschen anzusprechen. Die CDU müsse deutlich machen, „dass wir eben nicht eine Wirtschaftspartei sind“, sagt sie. Dabei hat die Union längst einen Wunschpartner – die FDP. Beide sind nach dem klaren Bekenntnis zu einer schwarz-gelben Koalition nach der Bundestagswahl praktisch verlobt.

Plan: grüner und sozialer

Die Union will andererseits auch grüner und sozialer werden. Bei den Klimaschutz-Zielen peilen CDU und CSU an, die Pläne der

derzeitigen Bundesregierung zu übertreffen. Sie wollen einen stärkeren Anteil der Öko-Energien an der Stromerzeugung erreichen als SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel. Und nachdem Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) schwarz-grüne Bündnisse nicht auf ewig ausschließen will, bekräftigt auch Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU), dass es ein solches Tabu nicht geben dürfe. Die Union geht auch auf den sozialen Flügel zu und will Hartz-IV-Empfängern mehr Schonvermögen zur Alterssicherung belassen. Die umstrittene „Kopfpromie“ in der Gesund-

heitspolitik findet sich im Wahlprogramm auch nicht mehr.

Merkel sieht die Union als „die einzige Volkspartei“, nachdem die SPD bei der Europawahl noch schlechter als vor fünf Jahren abgeschnitten hatte. „Als Volksparteien richten CDU und CSU sich an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes“, heißt es im Wahlprogramm. Trotz der Koalitionsaussage zugunsten der Liberalen will sich die Union offensichtlich ein kleines Türchen offenhalten für andere Optionen. Die meisten Überschneidungen gibt es freilich weiterhin mit der FDP, das zeigt auch das Wahlprogramm.

Bayerische Rundschau

Herausgeber: Dr. Helmut Jungbauer
Redaktionsleiter: Christian Holth (verantwortl. i.S.d.P.)
Stellvertretende Redaktionsleiterin: Katrin Geyer

Redaktion: Matthias Beetz, Dagmar Besand, Christine Fischer, Jürgen Gärtner, Alexander Hartmann, Dietmar Hofmann, Peter Müller, Jürgen Robisch, Klaus Roßner, Jürgen Scheibe, Christian Schubert, Stephan Tiroch, Jürgen Valentin, Bernd Wunder.

Überregionale Seiten des redaktionellen Teils werden übernommen von Fränkischer Tag GmbH & Co. KG, Bamberg. Chefredakteur: Armin Maus.

Verlag: Bayerische Rundschau Verlag & Medien GmbH & Co. KG, E.-C.-Baumann-Straße 5, 95326 Kulmbach, Postfach 11 49, 95301 Kulmbach.

Geschäftsführer: Walter Schweinsberg, Philipp Magnus Froben, Bernd Müller
Anzeigen: Stefan Sailer, Stellvertreter: Stefan Apfel, Bernd Seidel. Es gilt die Anzeigenpreisliste: Nr. 47 vom 1.1.2009 (inklusive Zeitungsring Oberfranken). Vertrieb: Philipp Gatz
Druck: Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG, Gutenbergstraße 11, 96050 Bamberg.
Internet: www.inFranken.de

Bezugspreis: 22,90 € monatlich, incl. Zustellung und 7 % MwSt.; Postbezugspreis: 22,90 € monatlich, incl. 7 % MwSt. Abbestellungen nur zum Monatsende und bis spätestens 5. des Monats schriftlich beim Verlag. Auflage IVW-kontrolliert. Alle Rechte gemäß § 49 UrhG vorbehalten. © für Text und von uns gestaltete Anzeigen beim Verlag. Nachdruck und elektronische Speicherung nur mit Zustimmung des Verlages. Es gelten die AGB für Anzeigen und Vertrieb unter „www.inFranken.de“. Erfüllungsort sowie ausschließlicher Gerichtsstand ist Kulmbach. Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.